

Gemeinsame Presseerklärung der Kranken- und Pflegekassen / -Verbände in Nordrhein-Westfalen

15. April 2013

Pflege muss bezahlbar bleiben!

Pflegekassen weisen überzogene Forderungen der Wohlfahrtsverbände zurück

Düsseldorf/Dortmund. Die Kranken- und Pflegekassen in Nordrhein-Westfalen appellieren an die Wohlfahrtsverbände, die Protestaktionen im Rahmen der aktuellen Vergütungsverhandlungen umgehend zu stoppen und von den überzogenen Honorarforderungen Abstand zu nehmen. Die Protestaktionen sind der Versuch, die Öffentlichkeit zu verunsichern und die öffentliche Meinung zu instrumentalisieren.

In Verhandlungen über die zeitbezogenen Pflegeleistungen verlangen die Wohlfahrtsverbände eine Preissteigerung von mehr als 30 Prozent. Dieser Preisanstieg würde grundsätzlich unmittelbar die Pflegebedürftigen oder die Sozialhilfeträger treffen. Das halten die Kranken- und Pflegekassen für unverantwortlich und setzen sich deshalb dafür ein, dass die häusliche Krankenpflege und die ambulante Pflege für alle Beteiligten bezahlbar bleibt. Aufgabe des Managements der Pflegedienste sollte es jetzt sein, innerhalb des gesetzlichen Rahmens wirtschaftlich zu handeln und keine unbegründeten Preisforderungen zu stellen.

Enorme Honorarsteigerungen verlangen die Wohlfahrtsverbände auch für die Leistungen der häuslichen Krankenpflege. Mit Preisfor-

Federführung für diese Veröffentlichung:

vdek NRW
Dr. Friederike Müller-Friemauth
Tel.: 0211/38410-15
friederike.mueller-friemauth@vdek.com

AnsprechpartnerInnen:

AOK Rheinland/Hamburg
Andre Maßmann
Telefon: 0211/ 87911262
andre.massmann@rh.aok.de

AOK NORDWEST
Jens Kuschel
Telefon: 0231 4193 10145
presse@nw.aok.de

BKK Landesverband NORDWEST
Karin Hendrysiak
Telefon: 0201/ 1791511
karin.hendrysiak@bkk-nordwest.de

IKK classic
Michael Lobscheid
Telefon: 02204/ 912-104
michael.lobscheid@ikk-classic.de

und
Stefanie Weier
Telefon: 0521/ 9443-1245
stefanie.weier@ikk-classic.de

Knappschaft - Bahn - See
Dr. Wolfgang Buschfort
Telefon: 0234/ 304-82050
presse@kbs.de

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
Frank Krenz
Telefon: 0251/ 2320-472
frank.krenz@svlfg.de

vdek NRW
Dr. Friederike Müller-Friemauth
Telefon: 0211/ 38410-15
friederike.mueller-friemauth@vdek.com
und
Bärbel Brünger
Telefon: 0173/ 7383 758
baerbel.bruenger@vdek.com

derungen von bis zu 13 Prozent haben sich die Wohlfahrtsverbände weder in den Verhandlungen gegenüber den Krankenkassen noch bei den neutralen Schiedspersonen durchsetzen können; die Größenordnungen sind weder im Detail begründet worden noch plausibel. Bis heute sind die Wohlfahrtsverbände der Bitte der Krankenkassen nicht nachgekommen, Transparenz über ihre Betriebsorganisation und Betriebsergebnisse herzustellen. Denn wesentliche Bestimmungsfaktoren für das wirtschaftliche Ergebnis eines Pflegedienstes sind nicht allein die Preishöhe. Auch der Kundenstamm, das Einzugsgebiet, die Tourenplanung und die übrige Betriebsorganisation sind ausschlaggebend dafür, ob ein Pflegedienst schwarze oder rote Zahlen schreibt. Daher benötigen auch Pflegedienste Leitungskräfte, die ihrem caritativen und wirtschaftlichen Auftrag professionell gerecht werden.

Drei Mal lagen die Preissteigerungen, über die im Schlichtungsverfahren befunden wurde, im Bereich der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. In dieser Größenordnung haben auch die Verbände der privaten Pflegeanbieter seit Jahren im Konsens mit den Krankenkassen Vereinbarungen geschlossen. Die Kranken- und Pflegekassen in Nordrhein-Westfalen würden es daher begrüßen, wenn auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW die Protestaktionen stoppen und sich in Verhandlungen um sachgerechte Lösungen bemühen.

Die Öffentlichkeit mit falschen und angstauslösenden Botschaften zu irritieren, spricht nicht für ein verantwortliches Mitgestalten der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung. Wenn alle Leistungserbringer ihre Situation auf diese Weise „verbessern“ wollten, müsste die Gesundheitspolitik die Beitragssätze sowohl in der Kranken- wie auch in der Pflegeversicherung deutlich anheben. Dies würde dann erneut zu Lasten der Beitragszahler gehen.